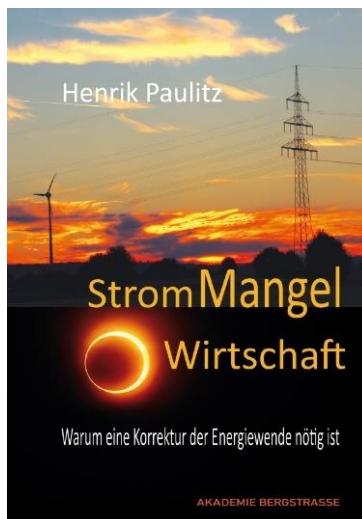


Jährlich 2000 Euro Strom-Grundkosten für ein Elektroauto?

Von Henrik Paulitz

Nichts offenbart das Scheitern der eklatant fehlgesteuerten Energiewende mehr als ein Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums für ein StromMangelGesetz ("Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetz", SteuVerG).

Der Ende 2020 veröffentlichte – und im Januar 2021 schon wieder zur Überarbeitung zurückgezogene – Gesetzentwurf sieht vor, dass die Netzbetreiber den Privathaushalten den Ladestrom für die propagierten Elektroautos und Elektrowärmepumpen täglich für Stunden abschalten können, wenn Sonne und Wind nicht genügend Strom liefern. Nur wer bereit und finanziell dazu in der Lage ist, einen zusätzlichen Netznutzungs-Preis von beispielsweise 2000 Euro pro Jahr zu zahlen, so die Einschätzung des Bundesverbands So-



larwirtschaft, könnte prinzipiell auf eine unterbrechungsfreie Stromversorgung für Auto und Heizung hoffen.

Dieses seit rund zwei Jahren vorbereitete Gesetzesvorhaben demonstriert, dass nach den jetzt unmittelbar bevorstehenden Kraftwerksabschaltungen nicht mehr genügend Strom auf zuverlässige Weise erzeugt werden kann. Für die Normalbevölkerung

bedeutet das, dass Strom künftig rationiert werden wird, für Vermögende, dass sie uferlos zur Kasse gebeten werden.

Elektro-Populismus

Der Bevölkerung wurde in den vergangenen Jahren auf populistische Weise nahegelegt, zu glauben, die Automobilindustrie hätte den Trend zur Elektromobilität verschlafen.

Das reale Problem ist aber, dass nach den jetzt unmittelbar bevorstehenden Kraftwerks-Stillegungen der Strom für die propagierten Elektroautos [nicht mehr zuverlässig erzeugt werden kann](#).

Noch weniger bekannt ist es, dass neben bereits beschlossenen Ölheizungsverboten auch Gasheizungs-Verbote intensiv im Gespräch sind¹.

Die aktuellen Klimaschutzplanungen gehen längst davon aus, Öl- und Gasheizungen in erheblichem Maße durch Elektrowärmepumpen zu ersetzen, ohne dass die dafür nötige Stromversorgung auch nur im Ansatz gewährleistet werden könnte.

Schon heute, auch ohne Elektromobilität und Elektrowärmepumpen, liegt der Bedarf an elektrischer Leistung bei mehr als 80 Gigawatt, während Wind und Sonne häufig weniger als 10 Gigawatt, [gelegentlich sogar nur rund 1 Gigawatt liefern](#).

Schon kurzfristig tut sich nach Angaben des Bundesverbands Solarwirtschaft bis 2023 eine extrem gefährliche [Stromlücke von bis zu 30 Gigawatt](#) auf.

Nach Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur könnte der Leistungsbedarf aufgrund von Elektromobilität und Elektrowärme bis 2030 auf gut 120 Gigawatt ansteigen.²

¹ Ein Antrag der Parteispitze von Bündnis 90/Die Grünen sah für den Parteitag im November 2019 ursprünglich vor, „dass Ölheizungen sofort und fossile Gasheizungen ab 2025 nicht mehr eingebaut werden“. Es solle zu einem „Ersatz der fossilen Erdgasversorgung“ kommen. Vgl.: Bündnis 90/Die Grünen: Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klima-neutrales Land. Antrag WKF-07 des Bundesvorstands und verschiedener Bundesarbeitsgemeinschaften. Antragsgrün. 44. Bundesdelegiertenkonferenz Bielefeld.

„Stromverbraucher steuern“

Welchen Zahlen man im Einzelnen glauben mag oder auch nicht, spielt eine untergeordnete Rolle.

Allein der Umstand, dass eine Strom-Rationierung per Gesetz jetzt zeitnah für erforderlich gehalten wird, belegt zweifellos, dass die [Stromversorgung massiv gefährdet](#) ist.

Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller zeigt sich in einer Pressemitteilung vom 20. Januar 2021 enttäuscht vom Rückzug des Entwurfs für ein „Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetz“ durch den Bund. „Mit diesem Gesetz sollten die Netzbetreiber die Möglichkeit bekommen, flexible Stromverbraucher bei Bedarf zu steuern“, heißt es in der Pressemitteilung.

Es gehe um einen „genau festgelegten Eingriff der Netzbetreiber in die Stromnutzung“, so Untersteller, und versichert: „Niemand muss Angst haben, dass ihm der Strom abgeschaltet wird, das Auto nicht geladen wird oder die Wohnung kalt bleibt.“³

Genau das ist aber bei nüchterner Betrachtung zu erwarten.

Weitere Hintergründe:

Henrik Paulitz: [StromMangelWirtschaft – Warum eine Korrektur der Energiewende nötig ist](#). Taschenbuch. Akademie Bergstraße. 2020. ISBN 978-3-981-8525-3-0

04.10.2019. Zeilen 475 ff. – Bayerischer Rundfunk: Grüne wollen Einbau von Öl- und Gasheizungen verbieten. Bayern 2 Nachrichten. 05.10.2019.

² Deutsche Energie-Agentur: dena-Leitstudie Integrierte Energiewende. 2018. Teil B. S. 155 u. 173.

³ Landesregierung Baden-Württemberg: Bund zieht Gesetzesentwurf zu steuerbaren Verbrauchseinrichtungen zurück. Pressemitteilung vom 20.01.2021.